

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

277 (26.11.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 35 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 A. Solalinserate billiger. Schluß d. Inzeratennahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die sozialistische Milizidee.

Ein in letzter Zeit in unseren Reihen viel gebrauchtes Wort ist: Der Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus müsse in der schärfsten Weise geführt werden. Die mit einem Mißungstriebe verbundenen imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus geben dieser Forderung ihre vollste Berechtigung. Es ist daher nur zu begrüßen, wenn das geistige Mittelzeug für den Kampf gegen den Militarismus durch eine neue Waffe vermehrt wird. Eine solche ist das Buch des Genossen Hugo Schulz, „Die Welt in Waffen“, das soeben als neues Werk der vom Verlage der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturblätter“ zu erscheinen beginnt. Gen. Hugo Schulz hat schon in dem doppelbändigen illustrierten Werk „Blut und Eisen“ die Entwicklung des Kriegswesens vom Altertum bis zu den Napoleonischen Kriegen auf Grund der Methode der materialistischen Geschichtsauffassung geschildert. In dem neuen Werke werden die wichtigsten Tatsachen der Kriegs- und Militärgeschichte des 19. Jahrhunderts dargelegt. Schon die Einleitung des Buches enthält eine Fülle wertvoller und anregender Gedanken. Wir geben aus ihr eine Stelle, die die sozialistische Milizidee behandelt, hier wieder:

Da der Kampf gegen den Militarismus vorläufig nur auf einem Nebenschauplatz des großen Klassenkampfes der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse geführt wird, herrscht über das eigentliche Ziel der antimilitaristischen Politik im Proletariat trotz aller theoretischen Einsicht doch nicht immer zureichende Klarheit. Begreiflicherweise beanspruchen die Kultur- und Friedensideale, die der sozialistischen Idee eingeboren sind, in allen antimilitaristischen Ermüdungen einen gewissen Spielraum und es kann da oft geschehen, daß unter dem Einfluß überlieferter bürgerlicher Ideologien, die der rationalistischen Denkart des 18. Jahrhunderts entsprossen sind, dieser Spielraum zu groß wird. Es gibt zweifellos viele Sozialdemokraten, die sich auf dem Gebiete des Kampfes gegen den Militarismus ihrer sonstigen historischen Beurteilungswiese entschlagen und ganz ideologisch auf die Abschaffung der militärischen Heere hinarbeiten möchten, ohne ein anderes Bewußtsein ernstlich zu wünschen. Denn eine Wehrverfassung hat doch nur einen Sinn im Hinblick auf den Krieg, und in den Ideenkomplex des Sozialismus paßt der Krieg nicht hinein. Der Sozialist verabscheut den Krieg als den Todfeind aller Kultur und kann daher im Grunde seiner Seele auch für die Miliz keine rechte Sympathie haben, weil auch sie ja die Möglichkeit eines Krieges zwar einjährt, aber nicht ausschaltet und weil ein etwa entstehender wirklicher Volkskrieg in gewisser Hinsicht noch grausamer wäre, als zum Beispiel die mit kleinen Soldnerheeren geführten Kriege des 18. Jahrhunderts, die die Masse des Volkes nichts angingen und nicht nur örtlich lokalisiert blieben, sondern auch nur eine ganz bestimmte, vom Kulturlieben ohnehin losgelöste Menschengruppe mit voller Macht trafen. Gegen diese Vorstellungswiese läßt sich nun allerdings nichts einwenden, wenn man sie unter dem Gesichtspunkte der letzten Ziele unserer Kulturentwicklung beurteilt, sie ist aber durchaus abzulehnen, wenn man den wirklichen Verlauf des historischen Prozesses und seine Niederlagen im Bewußtsein des Menschen betrachtet. Antimilitarismus als Abschaffungspolitik ist eine leere Ideologie, und zwar nicht einmal eine proletarische, sondern eine bürgerliche. Schon der Begriff „Abschaffung“ ist der rationalistischen Ideewelt der bürgerlichen Demokratie entlehnt, der proletarische Sozialismus schafft die historischen Kategorien, die seinen Tendenzen widerstreiten, nicht ab, sondern er revolutioniert sie, treibt sie auf der Bahn der Entwicklung dorthin, wo allmählich oder plötzlich ihr bisheriger Wesensinhalt absterbt, nachdem er aus seinem Schoße einen andern geboren hat. Mit dem Militarismus verhält es sich da nicht anders als mit seinem Nährvater, dem Kapitalismus, der auch nicht „abolitioniert“ werden kann, ehe seinen Lenden alle Elemente einer neuen Produktionsweise entsprossen sind. Man gerät mit einem Anti-Militarismus, der lediglich, die Ausrottung alles kriegerischen Wesens im Auge hat, gar leicht in gefährliche Nachbarschaft zu den bürgerlichen Friedensschwärmern und gelangt da im Sandumdröhen in den Bannkreis von Gedankenengängen, die, wofür sie nicht ganz zwecklose Utopistereien sind, den geheimsten Wünschen der Reaktion entgegenkommen. Das Schlagwort von der Abrüstung hat durchweg einen zwiespältigen Sinn und wenn man da nicht scharf unterscheidet, kann es einem leicht passieren — es ist auch schon wirklich wiederholt passiert — daß man einen Weg einschlägt, auf dem man dann die Panzerträger des reaktionärsten Junkertums und die verächtlichsten Generale als Marschgenossen findet. Wir können das Wort Abrüstung nur so auffassen, wie es Friedrich Engels aufgefaßt hat, nämlich als Abdankung des stehenden Heeres zugunsten der allgemeinen Volksbewaffnung und der Demokratisierung des Heerwesens. Das ist nun freilich, wenn man es genau nach dem Wortsinne nimmt, keine Abrüstung, sondern kann unter Umständen sogar eine Aufrüstung sein. Im reinen Wortsinne ist die Abrüstung etwas ganz anderes, nämlich die Restriktionierung der stehenden Heere auf das Maß der früheren „Elitearmeen“ aus konfribierten oder aus geworbenen Soldnern, unter Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht, die Rückkehr zur Berufsoldateska, kurz, die Aussonderung aller Entwicklungselemente, die im Laufe der Zeit den Charakter des Militarismus als ausschließliche Macht und Schutzorganisation der herrschenden Klassen vergiftet und geschwächt haben.

Das aber ist das geheime Ideal der Junker und bewußt oder unbewußt auch das Ideal der bürgerlichen Friedens- und Abrüstungsapostel. In kleinen, lediglich aus Berufsmilitär bestehenden Armeen erhalten sich die Privilegien des Adels und der Bourgeoisie leichter, sie sind ein reineres Gefäß des Herrn und zur Niederhaltung des inneren Feindes besser geeignet als die modernen Massenheere. Gegen schlecht bewaffnete Rebellen sind nur gute Gewehre und Kanonen nötig; hat man die, so ist die Ueberlegenheit gesichert und zwar nicht desto mehr, je größer die Zahl der zu Gebote stehenden Truppen ist, sondern desto mehr, je verlässlicher diese sind. Dies ist auch offenbar der Grundgedanke der Friedenspropaganda des Zaren Nikolaus gewesen, der ja zweifellos von jeher ein ganz ehrlicher Friedensfreund gewesen ist, weil er instinktiv begriffen hat, daß die Weiterentwicklung der russischen Armee in den durch das internationale Wettrennen vorgezeichneten Bahnen ihren Charakter als ausschließliches Gewaltinstrument des Zarismus arg gefährdet.

Ebenso wie es verfehlt wäre, dem Militarismus solche Forderungen entgegenzusetzen, die aus der Studierstube bürgerlicher Ideologen oder gar aus den Berechnungen bürgerlicher Schlaumeier stammen, ist es auch verfehlt, den Kampf gegen den Militarismus auf dem moralischen Gebiete zu führen und das Proletariat zum Träger einer Gesinnung zu stempeln, die das Gewaltprinzip, das im Kriege zum Ausdruck kommt, in ganz besonderer Weise verabscheut. Der Abscheu vor dem Kriege ist keine Klassen-eigentümlichkeit des Proletariats, er hat in jeder Ethik seinen Platz, selbst in der ganz wilder Völker, deren Erfindung auf brutale Gewalttat gestellt ist. Das schrecklichste Kriegerdölk Nordamerikas, das Volk der Profesen, erklärte, mit all seinen Gräueltaten nichts anderes zu erstreben als die Pazifikation seines Gebietes und damit einen Zustand ewigen Friedens. Man braucht es auch durchaus nicht für Heuchelei zu halten, wenn bedeutende Kriegsmänner wie Moltke starke Worte gegen den Krieg gesprochen haben. Dagegen wäre es doch ein wenig Heuchelei, wenn man darauf hinweisen wollte, daß in der Ethik anderer Klassen neben dem Abscheu vor dem Kriege auch die Verherrlichung des kriegerischen Heldentums ihren Platz findet, weil ja dafür das Proletariat, das unter Umständen nicht minder blutige und gewalttätige revolutionäre Heldentum mit Recht feiert. Man wird auch wenig Glauben finden, wenn man das Proletariat als einen weigekleideten Friedensengel malt und am Ende gar die absurde Vorstellung erweckt will, daß der Bankdirektor ein kriegerischer, schwererfassender Kaufbold ist, während der oberbayerische Föhler oder Holznecht mit Vorliebe die andere Wange hinreichet, wenn er einen Streich auf die eine erhalten hat. Es hat gar keinen Sinn, die Friedensliebe des Proletariats ins Ethische oder gar ins Ideologische zu verklären, denn sie hat im Grunde auch keinen andern Wesensinhalt als die Friedensliebe des Zaren. Das Proletariat ist eine kriegerische Klasse, aber es haßt den Krieg, weil er seine Kreise stört, weil er in seinen Krieg, der auf einem internationalen Schauplatz geführt werden muß, törend und hemmend eingreift. Dazu kommt allerdings noch, daß die Arbeiterklasse allein vom Krieg hart getroffen wird, und das Ungemach, das er über die Völker verhängt, in ganz anderem Umfange zu spüren bekommt als die Bourgeoisie. Für diese gibt es im schlimmsten Falle materielle Verluste, für das Proletariat aber bedeutet der Krieg Hunger und Elend. Die Arbeiterklasse hat demgemäß ein stärkeres Interesse an der Erhaltung des Friedens als das Bürgertum und verabscheut den Krieg mehr als dieses, obgleich der Arbeiter eigentlich aus härterem Golze geschnitten ist als der hybaritische Bourgeois und obgleich er sein Leben bei weitem nicht so hoch bewertet wie der sporenflirrende Fabrikantensohn, der als Reservelieutenant herumtollt. Die Abneigung des Proletariats gegen den Krieg hat also ökonomische und politische Gründe, die sie zureichend erklären und es ist daher ganz überflüssig, beim Arbeiter auch noch eine besonders gewalt- und pulverbefehene Quärgesinnung vorauszusetzen. Diese Voraussetzung widerspricht nicht bloß der gewöhnlichsten Lebenserfahrung, sondern sie würde auch das Proletariat in ein sehr falsches Licht bringen. Mag auch die Praxis des Klassenkampfes allen gewalttätigen Methoden mit Erfolg ausweichen, so ist doch andererseits der Begriff der Revolution vom Begriffe der Gewalt nicht ganz loszulösen und die unausstößbare Furcht der Gegner vor den Gewaltmöglichkeiten, die in der Ar-

beiterbewegung liegen, ist zweifellos für die Sozialdemokratie ein Machthebel von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Deswegen darf die Friedenspolitik der Arbeiterklasse niemals in ideologische und philantropische Friedensduselei ausarten. Es darf ihr daher im Kampfe gegen den Militarismus nicht um die Betätigung von Humanitätsidealen gehen, vor denen alles kriegerische Wesen ein Greuel ist, sondern um die Eroberung der Wehr- und Wassermacht im Staate, um die Demokratisierung der Wehrhaftigkeit. Der Sinn für die Wehrhaftigkeit, den dieses Streben voraussetzt, ist im Proletariat trotz der viel verbreiteten Friedensideologien in hohem Maße vorhanden. Das lehrt nicht bloß die Geschichte der Revolution, sondern auch die Betrachtung der in friedlichen Formen geführten Klassenkämpfe. Ob sich Kämpferinstinkte durch das Schwert betätigen oder durch leidenschaftliche Agitationen, macht im Grunde keinen Unterschied, denn die psychologische Wurzel des Verhaltens ist in beiden Fällen dieselbe. Auch im Klassenkampfe bildet kriegerische Gesinnung und Wesensart den Hauptantrieb und gewissermaßen das Gärungsferment.

Ueber die Hofgängerei

Schrieb Genosse Kurt Eisner anlässlich der Vorgänge bei der Präsidentenwahl für den sächsischen Landtag, wo die bürgerlichen Parteien die Wiederwahl von Sozialdemokraten ins Präsidium ablehnten, weil diese die „höfischen Verpflichtungen“ nicht akzeptierten, einen bemerkenswerten Artikel. Eisner meint mit Recht, daß die sogenannten höfischen Verpflichtungen immer nur ein Wortwand sind, um den sozialistischen Wettbewerb auf dem Parquet des Schlosses auszuschalten. Dann schildert Eisner das höfische Parquet, indem er schreibt: Wir haben jetzt in Bayern Gelegenheit gehabt, solche höfisch-politischen Szenen in sich drängender Fülle zu genießen. Noch wissen wir zwar nicht, welcher private Wohlthäter diese Hochfeiern begünstigt hat, aber wer Gelegenheit gehabt hat, sich die höfischen Massenfeiern in der Nähe zu betrachten, dem stellt es in der Vorstellung, daß er selbst durch irgendeine Erwägung gezwungen sein könnte, tätig mitzuwirken. Welch Bild dieser Empfang beim neuen König am Abend der Gulddigung, diese Speisetafel, die nach den Rangstufen gesondert waren, diese tausend und mehr von der Majestät „empfangenen“ Menschen, die eingefeilt stundenlang regungslos standen, nur um den Augenblick nicht zu veräumen, da der König auch bei ihnen anlangen und sie mit einem Händedruck und einer leutseligen Bemerkung beglücken werde! Da war eine Abordnung der bürgerlichen Presse, die bis um die elfte Stunde so harrete, mit knurrenden Mägen, immer wieder aus der Königspassage zurückgedrängt und immer wieder im Kampf ums Dasein sich vordrängend, bis in dem Augenblick, da der hohe Herr so weit vorwärts gelangt war, ein Haufen Offiziere vor die schon Hände hebenden Journalisten stürzte und sie aus dem Strahlenhale des Königs schob. Noch schlimmer erging es dem neuen König selbst, der furchtbar verschmüht war und statt im Wett sich auszuruhen, all die Gulddigenden begrüßen mußte, auch die ausstaffierten Königstreuen Arbeiter, die natürlich nicht fehlen durften. In einem Lande, das Chemnitz näher liegt als Bayern, entwickelte sich einmal bei einer Abgeordnetenborstellung folgende Unterhaltung: „Der Fürst (zum ersten): „Wie lange vertreten Sie schon den Kreis?“ Der Abgeordnete: „Sechs Jahre, Majestät!“ Der Fürst: „Wie lange vertreten Sie schon den Kreis?“ Der Abgeordnete: „Drei Jahre, Majestät!“ Der Fürst: „Wie lange vertreten Sie schon den Kreis?“ Der Abgeordnete: „Zwölf Jahre, Majestät!“ Der Fürst: „Ah...“ Und so jag er, wie die Hofreporter zu sagen pflegen, nacheinander 40 Volkvertreter ins Gespräch... So sieht die Hofgängerei wirklich aus. Und dazu müssen die Häupter der Gemeinde, die Parlamentarier, die „Spitzen der Behörden“, die hohe Geistlichkeit, die Vertreter der Kunst und Wissenschaft ihre Zeit und ihren Charakter opfern.“

Zutreffend bemerkt Eisner, daß ein Sozialist, der sich zu solchem „Hofgang“ aus Neigung drängt und nicht etwa nur widerwillig das schwere Opfer einer durch die politischen Umstände erzwingenen Konvention brächte, damit beweisen würde, daß er zum mindesten zu einer noch so bescheidenen Führerschaft keinerlei Charaktereignung besäße.

Das republikanische Prinzip ist an sich kein Grund, nicht zu Hofe zu gehen und einem Monarchen die ihm als Staatsoberhaupt zukommende Ehre zu erweisen. Die Weigerung der Sozialdemokraten, sich an dem höfischen Firlefanz zu beteiligen, richtet sich deshalb auch nicht gegen die Person des Monarchen, sondern gegen die Würde des Hofes, mit welcher das „gewöhnliche Bürgerpaß“ von den Hofstranzen behandelt wird. Warum sollte auch ein Sozialdemokrat nicht einem Monarchen seine Visite machen und sich mit ihm unterhalten können? Die Zeit wird kommen, wo das keine außergewöhnliche Erscheinung mehr sein wird, denn die demokratische Entwicklung macht vor der Monarchie nicht halt. Nach dem heute an den deutschen Höfen üblichen Zeremoniell fängt der Mensch erst beim Baron an. Es ist ein Jammer, wenn man sieht, wie sich die bürgerlichen Parlamentarier, die

Hugo Schulz, „Die Welt in Waffen“. Verlag Buchhandlung Vorwärts. 60 illustrierte Seiten à 30 Pfa.

der Fall. Man höre, was die „Frankfurter Zeitung“ über die Gründe dieser auffälligen Nichtbefähigung berichtet:

„Bendts hatte in einer Wahlversammlung zur Begründung der Forderung, daß der Vorsitz in den Einkommensteuer-Einschätzungs-Kommissionen nicht den Landräten, sondern gesellschaftlich unabhängigen Beamten übertragen werden solle, angeführt, daß ein Großgrundbesitzer mit einem Grundbesitz von 300 bis 400 Morgen, der nach seiner eigenen Steuererklärung 150 bis 160 Mk. Steuern zu entrichten habe, seine Steuererklärung vom Landratsamte zurückgehalten habe und nur zu 50 Mk. Einkommensteuer veranlagt worden sei. Der in Frage kommende Landrat sei der Landrat von Sagan gewesen. Obwohl nun in der Verhändlung der Gewählmann des Stadtverordneten Bendts, Gärtnereibesitzer Nehring, eidlich befandete, daß der in Frage kommende Mittergutsbesitzer — es ist der Reichstagsabgeordnete von Völfo gewesen — ihm einmal in einem Restaurant erzählt habe, daß er, Völfo, bei der letzten Steuer-Einschätzung sich auf 140 Mk. eingeschätzt, aber die Einschätzung zurückgehalten habe mit dem Bemerkten, daß er nicht richtig eingeschätzt worden sei, so ist Bendts doch zu der außerordentlich hohen Strafe von 300 Mk. verurteilt worden, weil nicht festgestellt werden konnte, von welcher Stelle der Mittergutsbesitzer von Völfo die Einschätzung zurückgehalten hatte.

Daß ein Mann, der der agrarischen Steuerföhen und ihrer Begünstigung durch die Behörde entgegenarbeitet, kein Ehrenamt in der preussischen Verwaltung bekleiden darf, ist klar. Leute, die ohne Rücksicht auf agrarische Interessen das allgemeine Interesse wahren, müssen, gleichgültig, ob sie Sozialdemokraten sind oder nicht, von der Verwaltung ferngehalten werden.

Ausland.

Holland.

Die Reformen der Regierung. Die holländische Regierung hat der zweiten Kammer einige Mitteilungen über ihre gesetzgeberischen Pläne zugehen lassen. Danach ist es die Absicht der Regierung, die Verfassungsreform so bald als nur möglich einzuführen. In einem vorläufigen Wahlreglement hofft sie gleich das Proportionalwahlrecht einführen zu können. Mit den Prinzipien des allgemeinen Wahlrechts erachtet sie es nicht als vereinbar bei der Erteilung des Frauenwahlrechts ein finanzielles Einkommen der Frauen zur Voraussetzung zu machen. Hiermit wird eine der Hauptforderungen des sozialdemokratischen Wahlprogrammes von der Regierung bewilligt. Die Regierung beabsichtigt ferner, die Einziehung einer Vorlage zur teilweisen Einführung des maximalen Jahrsbetrages für erwachsene Männer, jedoch nur soweit die Konkurrenzfähigkeit der Industrie dies ermöglicht, wie hinzugefügt wird. Neben diesen erfreulichen Zusicherungen enthält das Regierungsprogramm aber auch einige bedauernde Abneigungen. So verweigert die Regierung die Erhöhung der sehr ungenügenden Lehrgehälter, die Ausdehnung der Schulpflicht vom 12. bis zum 14. Lebensjahr und die Ermöglichung der unerschäftnismäßig hohen Zudersteuer. Auch kündigt sie Maßnahmen gegen das angeblich die militärische Disziplin unterminierende Treiben des Matrosenverbandes an, eine Organisation, an der sich schon vier aufeinanderfolgende Regierungen die Zähne kaputt gebissen haben.

Rußland.

Berufung im Innern. Der frühere Dumapräsident Gutschkow hat sich auf einer Konferenz der Oktoberisten in einer Rede gegen die von dem Ministerpräsidenten Sokolow im Auslande abgegebenen Erklärungen über die innere Lage Rußlands gewandt. Er erklärte die gesamte Bürokratie Rußlands für korrupt, ihre Auffassung von der inneren Lage Rußlands für offenen Hohn und für eine Herausforderung und versicherte, daß die gegenwärtige innere Verwaltung Rußlands einer schweren inneren Katastrophe entgegenstehe. Wir Oktoberisten, so sagte Gutschkow, haben ruhig sieben Jahre auf Erfüllung des Manifestes über die Verfassung gewartet. Jetzt müssen wir offen erklären, daß unsere Geduld zu Ende ist.

Spanien.

Madrid Studententum veranfaßte am Montag abend lärmende Kundgebungen. Die Polizei schoß mehrere Male gegen die Demonstranten. Zwei Studenten und ein Polizeibeamter wurden verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

China.

Jüanhschik und das Parlament. Jüanhschik ist jetzt entschlossen, das Parlament beizubehalten; er verhandelt zur Zeit mit den Präsidenten der beiden Häuser über die Bildung einer Regierungsmehrheit. Die Tutus erklärten telegraphisch ihr Einverständnis mit den Vorschlägen für die Reorganisation des Parlamentes. Daraufhin wurden die Wahlbureau aus der Provinzen angewiesen, 449 Nachwahlen vorzunehmen. Elf Mandate wurden wegen Wahlregelverstoßigkeiten für erledigt erklärt, 350 Wahlberechtigte Mitglieder der Kuomintang-Partei in Peking abgenommen; 88 Mitglieder dieser Partei sind aus Peking geflohen und deshalb wurden die Provinzialverwaltungen angewiesen, ihnen die Wahlberechtigungen abzunehmen.

Badische Politik.

Zur Abwehr

gegen die Angriffe der „Köln. Ztg.“ wegen der Großblodpolitik schreibt die „Bad. Landeszeitung“ in einem parteioffiziösen Artikel:

„Was die „grundtätliche“ Ablehnung des Großblods betrifft, so müssen wir gestehen, daß uns dafür im deutschen Süden das nötige Verständnis fehlt. Wir sagen ausdrücklich, „im deutschen Süden“. Denn mit dieser Auffassung könnte der Liberalismus nicht nur in Baden, sondern ebenso in Elsaß-Lothringen und Bayern, ja in einem gewissen Grad sogar in Württemberg ruhig einpacken. In allen diesen Staaten verfügt der Merkantilismus allein oder mit seinen Alliierten über eine so kompakte Macht, daß ein völlig getrenntes Vorgehen, seiner Gegner die auf Jahrzehnte hinaus lahm legen und sie zu absoluter Ohnmacht verdammen würde. Dazu aber kann sich keine Partei verstehen, die noch Ideen zu vertreten und Ideale zu verkörpern hat. Sie würde keine Führer finden, die einem so aussichtslosen Kampfe Arbeit und Gesundheit opfern würden, und sie würde mit einer reinen Demonstrationspolitik auch ihre Wählermassen nicht bei der Stange halten können.“

Einen gehörigen Wider

betreibt der Abg. Benedey in den „Neuen Konstanzer Nachrichten“ dem Organ der badischen Regierung, der „Karlsruher Zeitung“. In einem Artikel über

den für die Linkenparteien unerfreulichen Wahlausfall schreibt er u. a.:

„Die Regierung ihrerseits bezeichnet sich als liberal. Ob sie diese Bezeichnung in allen ihren Zweigen verdient, ob nicht in den letzten Jahren Dinge vorgekommen sind, speziell im Ressort des Ministeriums des Unterrichts und Kultus, die auch einen sehr bescheidenen liberalen Maßstab nicht mehr ertragen, soll hier nicht näher untersucht werden. Dazu findet sich wohl sonst Zeit und Ort. Die Tatsache bleibt bestehen, daß das Ministerium sich als liberal bezeichnet. Im Vergleich mit den Regierungen im Reich, in Preußen und Bayern, ist sie es auch. Nun steht aber doch die weitere Tatsache fest, daß ein liberales Ministerium in Baden nur mit einer — im weitesten Sinne des Wortes — liberalen Mehrheit regieren kann; an dem Tage aber geben muß, an dem Zentrum und Konserbative die Mehrheit in der Zweiten Kammer bekommen.

Erörterte ja doch Wader mit der ihm eigenen Deutlichkeit schon die Frage, ob nicht der Ausfall der Hauptwahl vom 21. Oktober es einzelnen Mitgliedern der Regierung — offenbar hat er hier in erster Linie den „Genossen Bodman“ im Auge — nahelege, aus „Schlichtheitsgründen“ zurückzutreten. Wenn also das sich als liberal bezeichnende Ministerium eine liberale Mehrheit, oder richtiger gesagt, eine Mehrheit, mit der sich liberal regieren läßt, so notwendig braucht wie das liebe tägliche Brot, so ist es schlechterdings unerlässlich wie immer und immer wieder das offizielle Organ dieses Ministeriums gegen den Großblod Sturm läuft und an dem einzigen Akt herumfängt, auf dem das ganze Ministerium ruht. Was soll man dazu sagen, wenn das genannte Organ seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Sozialdemokratie im 2. Wahlgang noch vier Mandate gewonnen hat. Wenn man bedenkt, daß in drei von diesen Bezirken die Sozialdemokraten mit den Konserbativen und im vierten mit dem Zentrum um die Palme rangen und ihre Niederlage eine starke liberal-konserbative Mehrheit von 39 Mandaten gegen 34 der übrigen Parteien geschnitten hätte?!

Das Organ der liberalen Regierung greift also darüber, daß der Ausfall der Stimmahlen die Möglichkeit, die weitere Existenzbedingung einer liberalen Regierung geschaffen hat! Ist dies gleich Stumpfheit, hat es doch Methode, denn eine solche, ein System, liegt in dieser ununterbrochenen Ministerarbeit gegen den Großblod, die ihre Wirkung nach und nach zu üben beginnt und bei den letzten Hauptwahlen schon Tausende von schwachen und unentschlossenen Menschen und ängstlichen Streberseelen ins Lager der Reaktion geführt hat.

Wenn trotzdem die Stichwahlen eine, wenn auch schwache liberale Mehrheit, soviel sich darüber vorläufig sagen läßt, gesichert haben, so geschah dies nicht wegen, sondern trotz der Haltung des offiziellen Organs unseres liberalen Ministeriums. Daß ein derartiger innerlich unwahrer Zustand auf die Dauer unhaltbar ist und unhaltbar, schärfte Berührungskräfte zeitigen muß, bedarf keiner weiteren Ausführung.“

Die Charakterisierung der Haltung der „Karlsruher Zeitung“ als innerlich unwahrhaftig ist durchaus zutreffend, nur darf man dabei nicht vergessen, daß diese innere Unwahrhaftigkeit nicht nur auf das Konto der Redaktion der „Karlsruh. Ztg.“, sondern in erster Linie auf das der „liberalen“ Minister zu buchen ist. Diese innere Unwahrhaftigkeit zieht wie ein roter Faden durch die Politik der gegenwärtigen „liberalen“ badischen Regierung, insbesondere soweit ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie in Betracht kommt. Denn irgend welchem staatsmännlichem Blick keine Spur, denn sonst könnte diese Regierung der Sozialdemokratie gegenüber unmöglich eine Stellung einnehmen, wie es beispielsweise bei der Frage der Kurse für die Vorturner vorgekommen ist. Man kann sich diese innere Unwahrhaftigkeit der „liberalen“ badischen Regierung nur dadurch erklären, daß sie nicht den Mut hat, der liberal-konserbativen Hofkamarilla gegenüber den Kampf aufzunehmen, der ihr auf die Dauer doch nicht erpart bleibt. Je länger sich die „liberale“ Regierung gegen die politische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokraten sträubt, um so unhaltbarer wird ihre Stellung und um so innerlich unwahrhaftiger ihre Politik. Der Sozialdemokratie schadet sie damit nicht.

Die Gewerkschaften und die deutsche Bank.

Die Mitteilung, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mit der Direktion der Deutschen Bank in Verbindung treten will, um den Bankangestellten das Koalitionsrecht zu nähren, hat die Scharfmacherpresse mobil gemacht. So schreiben die „Samburger Nachrichten“:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften werden zweifellos, wenn sie jetzt die Vorschläge für das Koalitionsrecht, wie sie es verstehen, erhalten sollten, in kurzem wieder kommen und ihre Entlassungen oder Maßregelungen oder Gehälter Redenshaft fordern. Und die Angestellten der Deutschen Bank würden künftig darauf pochen, daß sie sich nur hinter die Gewerkschaften zu stellen brauchen, um zu erlangen, was sie wünschen. Einmalen und solange die Direktion der Deutschen Bank nicht selbst sich geäußert hat, glauben wir darum nicht, daß sie sich auf Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften einläßt. Was heute der Deutschen Bank, kann morgen einer anderen Bank zugemutet werden. Und darum glauben wir auch nicht an die Krähereien des „Vorwärts“, daß Beauftragte anderer Banken sich bereits bei den Gewerkschaften und die Depesiten bemühen, die der Deutschen Bank genommen werden sollen. Jedenfalls werden das nicht unsere großen Bankinstitute sein. Denn sie alle müssen sich doch sagen, daß sie auf Gnade und Ungnade dem Übermut und der Arroganz der Sozialdemokratie ausgeliefert sind, wenn sie sich jetzt demütig den Gewerkschaften unterwerfen. Das Bild stellt sich ganz anders dar. Die großen Banken, alle, die für Kapitalanlagen Sicherheit bieten, sind an diesem Vorstoß der Sozialdemokratie beteiligt und bilden eine selbstverständliche Interessengemeinschaft gegen die Annäherung, die in ihren inneren Betrieb eingreifen will. Ziehen die Gewerkschaften ihre Millionen von der Deutschen Bank zurück, so müssen sie sehen, wo sie wieder eine gleich gute und sichere Anlagestätte finden. Keine große Bank wird diese Gelder nehmen wollen, die demütigende Bedingungen, ja die Aufwiegelung der Angestellten ins Haus schleppen und so unfaßlich sind, daß man jeden Augenblick auf ihre Zurückziehung gefaßt sein muß. Schon wurde mit einer eigenen Gewerkschaftsbank gefordert. Die Sozialdemokraten mögen den Versuch machen. Welche größere Bank würde mit einer solchen unter den obwaltenden Umständen aus Grimm gegründeten Bank Geschäfte machen? Die Gewerkschaftsbank hätte dabei allein. In der Tat ist die Stellung der Deutschen Bank so günstig wie möglich, wenn sämtliche namhaften Banken richtig erkennen, worum sich hier handelt und ihr zur Seite treten. Sie sind in der Lage, der Herrschaft der Sozialdemokratie

einen festen Damm entgegenzustellen, besser und auf festerem Boden als die Industrie.“

Wenn dem Verfasser dieser Notiz nicht böswillige Absicht die Feder diktiert hat, so verrät er zum mindesten totale Unkenntnis in gewerkschaftlichen Dingen. Es ist nicht Aufgabe der Generalkommission, sich gemeinlich um einzelne Entlassungen, Maßregelungen und Gehälter Angestellter oder Arbeiter zu kümmern; sie hätte damit gar sehr viel zu tun. Zu diesen Interessenvertretungen der Arbeiter- und Angestelltengruppen sind deren Organisationen da. In diesem konkreten Falle, bei der Entlassung in der Deutschen Bank, handelt es sich um mehr als die einfache Entlassung irgend eines Angestellten aus einem untergeordneten Grunde gab der Sache eine Bedeutung über das Alltägliche hinaus, sondern die damit verbundene Verletzung des Koalitionsrechtes der Angestellten. Und in dieser Zeit, in der von allen Seiten der Versuch gemacht wird, den Arbeitern und Angestellten das Koalitionsrecht zu schmälern, erwuchs der Generalkommission die doppelte Pflicht, hier helfend einzugreifen. Wozu noch kommt, daß unsere Gewerkschaften aus Gründen der Selbsthaltung und bei ihrer täglichen schweren Verteidigung des Koalitionsrechtes mit einem Institut keine geschäftlichen Verbindungen aufrecht erhalten können, das Arbeitern oder Angestellten das für sie wichtigste Staatsbürgerrecht freitig machen will. Vielleicht begreift das — da es ja nicht sonderlich hohe Anforderungen an das Begriffsvermögen stellt — auch der Notizschreiber eines Scharfmacherblattes. Die von ihm gezogenen Schlussfolgerungen aus dem Vorgehen der Generalkommission sind daher ebenso albern, wie seine Scharfmachereien der Banken offensichtlich sind. Auch die Banken vergeben sich durchaus nichts, wenn sie, jeden Scharfmachergeistes abhold, stillschweigend ihren Angestellten das gewährleisteten, was jeder verständige Unternehmer tut und wozu jedes besessene Unternehmen durch die Arbeiterorganisationen erzogen werden mußten. Zum Ueberflus sei dem Herrn versichert, daß es sich bei der Mitteilung über die Bemühungen anderer Banken, die Depesiten der Gewerkschaften zu bekommen, nicht um Präherereien und auch nicht um kleine Banken handelt, sondern um tatsächliche Vorgänge.

Daß das Vorgehen der Generalkommission in weiteren Kreisen Sympathien findet, beweist die Erklärung des Vertreters der internationalen Arbeiterliga, daß auch sie ihre bei der Deutschen Bank hinterlegten 400 000 Mk. kündigen würden und daß eine Breslauer Ortsgruppe der Hirsch-Duncker'scher Gewerkschaft dem Zentralrat den Auftrag erteilte, die Kündigung des Depots bei der Deutschen Bank eventuell zu veranlassen. Ein Vorgehen, das wir von jeder Angestellten- und Arbeiterorganisation mit dem Augenblick für selbstverständlich halten, wenn die Deutsche Bank in ihrem koalitionsfeindlichen Verhalten beharren sollte.

Soziale Rundschau.

* Ueber Landkrankenpflege. In folgendem soll auf eine Einrichtung zur Pflege Kranter und Siecher hingewiesen werden, die sich im Laufe von mehr als 25 Jahren in unserem Lande glänzend bewährt hat, aber immer noch in einzelnen Gegenden völlig unbekannt ist, obgleich sich gerade in den kleineren, oft weit abgelegenen Gemeinden der Mangel einer geordneten Krankenpflege häufig in sehr unangenehmer Weise fühlbar macht. Hier kommt in erster Linie die sog. Landkrankenpflege in Betracht. Sie wird ausgeübt durch Frauen und Mädchen, die aus den betreffenden Orten selbst stammen und welche die Krankenpflege in einem mehrere Monate dauernden Ausbildungskurs, der gewöhnlich im Beginn eines jeden Jahres stattfindet, gründlich erlernt haben, die sich jedoch nur im Bedarfsfalle zur Verfügung stellen, sonst aber ihren bisherigen Berufen nachgehen. Diese Art der Krankenpflege kommt, weil die Pflegerinnen auch sonst noch tätig sein können, den Gemeinden erheblich billiger als Berufspflegerinnen. Dabei eignet sich die Landkrankenpflege besonders für kleinere und ärmere Gemeinden, deren Mittel die Anstellung einer Berufspflegerin nicht erlauben.

Um die Einführung der Landkrankenpflege auch den ärmeren Gemeinden zu erleichtern, werden vonseiten der Kreise des Landes nicht nur Beihilfen zu den Ausbildungsstellen übernommen, sondern den Pflegerinnen auch noch ein jährliches Wartegeld bezahlt. Nötigenfalls an bedürftige Gemeinden auch aus Stiftungserträgen ein Zuschuß gewährt werden. So verbleibt denselben nur noch die Aufgabe für den jährlichen Gehalt der Pflegerinnen nebst Kranken- und Invalidenbeitrag aufzukommen.

Auf diese Weise ist es sozusagen allen Gemeinden — unter Umständen können sich zwei kleinere, nicht zu weit voneinander entfernt liegende zusammenfassen — ermöglicht, ihren Angehörigen die Wohlthaten einer guten, sachgemäßen Krankenpflege aufkommen zu lassen; es sollte deshalb jede Gemeinde dieser wichtigen Frage näher treten. Bis jetzt sind es in unserem engeren badischen Heimatlande schon über 161, in jenen unsere Landkrankenpflegerinnen zum Wohle und zur vollen Zufriedenheit der Kranken und Hilfsbedürftigen ihren segensreichen Beruf ausüben. Zur näheren Auskunft sind bereit: Die Gr. Bezirksämter, die Gr. Bezirksärzte, die Vertrauensdamen für die Landkrankenpflege, sowie die Abteilung des Badischen Frauenvereins, Unterabteilung Landkrankenpflege.

* Die Ausstellung der Hagenden Hände. Die Beteiligung der deutschen Gewerkschaften an der Internationalen Bauausstellung in Leipzig hat bekanntlich ihre Würdigung in der Zuerkennung der Goldenen Medaille an die Generalkommission der Gewerkschaften als die Vertreterin der ausstellenden Gewerkschaften gefunden. Neben anderen Organisationen hatte auch der deutsche Holzarbeiterverband sich hervorragend an der Ausstellung beteiligt durch demonstrative Darstellung, insbesondere der Unfallgefahren, welchen Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter täglich in ihrem schweren Verufe ausgesetzt sind. Damit hatte der Verband zugleich den Zweck verfolgt, die Öffentlichkeit und das Ausstellungspublikum auf die Forderungen der Maschinenarbeiter für erhöhten Unfallschutz durch eine Reihe von Plakaten aufmerksam zu machen. Inmitten dieser Plakate befand sich eines folgenden Wortlautes:

„Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufscollegen, die von der Maschine erschlagen sind, der Tausende Kollegen, denen die gefunden Glieder zermalmt, im Namen sämtlicher Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen erheben wir unsere Forderung!“

Die Ausstellungsleitung selbst hatte gegen dieses Plakat ebenso wenig wie gegen alle übrigen etwas einzuwenden, aber diese Meinung änderte sich, als die Scharfmacher ihr auf die Bude rückten, mit der Entdeckung, daß durch ein solches Plakat die ganze Ausstellung einen „tendenziösen Charakter“ bekäme. Die Hebe der Scharfmacher übte auf die sächsische Regierung den gewünschten Einfluß aus, im August mußte die Ausstellungsleitung das „antidöhlige Objekt“ aus der Ausstellung entfernen. Da der Wortlaut der Ausstellungsbedingungen dem Direktorium hierzu das formale Recht gab, hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes das Plakat von der Wand herunter nehmen lassen, ohne auf das Anerbieten einzugehen, ein anderes dafür anzubringen. Die Scharfmacher und ihre Hintermänner hatten also ihren Zweck erreicht.

Die Ausstellung der Hagenden Hände — wie die Veranftaltung des Holzarbeiterverbandes genannt worden ist — hat das Verbot des harmlosen Plakates keinen Abbruch getan, denn viel

wirkamer als noch solche scharfe Worte wirkte die Darstellung der schrecklich verunstalteten Gliedmaßen der Maschinenarbeiter, wie sie in den ausgestellten Photographien zum Ausdruck kamen. Die Feinde der Arbeiterbewegung haben ihre Wut wieder einmal an dem verkehrten Objekt erprobt. Daß sie entschiedene Gegner eines wirkungsvollen Unfallschutzes sind, war auch ohne ein Geheiß, dazu hätte es der großen Aktion gegen das unschuldige Pflast nicht bedurft. Und nachdem sie ihren Nachdruck gestiftet und über ein Stück Papier gestiegen hatten, kommen die Preisrichter und dekorieren die „tendenzlose“ Ausstellung mit der Goldenen Medaille!

*** Verleumdung einer Krankenkasse.** Zu den Krankenkassenwahlen in Wiesbaden wurde das dortige Amtsblatt einen Aufruf gebracht, in dem es u. a. hieß: Ein kleines Mutterbeispiel, mit welchem Waffens gekämpft wird und in wie großartiger Weise die Interessen der Arbeiter angeblich vertreten werden, liefert die letzte Wahl des Hilfsarbeiters in der Ortskrankenkasse. Während daß genug geeignete Bewerber vorhanden waren, wurde ein extremer Parteigenosse angenommen und derjenige, dem man vorher schon Versprechungen für diesen Posten gemacht hatte, wurde nicht gewählt, weil sein Vater dem Kriegerehren angehört. — Daraufhin hat der Vorstand der dortigen Ortskrankenkasse einstimmig beschlossen, gegen den Redakteur des Wiesbadener Amtsblattes Klage vorzugehen, um einmal einmündig an Gerichtsstelle feststellen zu lassen, was an dieser Behauptung wahr ist.

Wah! So gehört es den Schuften immer gemacht, die aus der Verleumdung von Krankenkassen, in denen Sozialdemokraten leitende Stellen bekleiden, ein Handwerk machen. Das mag sich auch die Redaktion des „Vad. Beobachters“ merken.

Deutscher Reichstag.

in Berlin, 25. November.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 2 Uhr 18 Min. die Sitzung und begrüßt die Abgeordneten. Er gedenkt Johann den inzwischen verstorbenen fünf Mitglieder des Reichstags — Kahl, Klose, Lender, Graf Kanig und Böbel — und erinnert an ihre umfangreiche und eingehende parlamentarische Tätigkeit.

Weiter erinnert der Präsident an den Untergang der beiden Marineluftschiffe L 1 und L 2. Der Reichstag werden allen diesen Männern, die dort umgekommen seien, ein ehrendes Andenken bewahren. Das Haus hat sich von den Sätzen erhoben.

Darauf teilt der Präsident die Namen der neu eingetretenen Abgeordneten mit und verliest die eingegangenen Interpellationen. Es liegen vor:

eine Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen: Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichsminister zu ergreifen, um den schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, die durch immer wiederkehrende geschäftliche Krisen verursacht werden? Ist er insbesondere bereit, eine alle Arten von Arbeitern und Angestellten umfassende reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung in die Wege zu setzen, sowie zur Bekämpfung der zur Zeit sich besonders geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Abhilfsmittel zu ergreifen?

eine Interpellation Koefer (f. Vp.) und Gen.: Ist der Herr Reichsminister bereit, Auskunft zu geben über die in der Presse bekannt gewordenen Neuerungen eines Offiziers in Zabern und die dadurch veranlaßten weiteren Vorgänge?

eine Interpellation der elsass-lothringischen Abgeordneten: Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß in dem Infanterieregiment Nr. 90 in Zabern jüngst ein Offizier gegenüber elsass-lothringischen Soldaten höchst beleidigende und das Gefühl der gesamten Bevölkerung auf das Schwerste verletzende Äußerungen gemacht hat, die sich nicht entschuldigen lassen, ohne daß die Militärbehörde für genügende Sühne gesorgt hätte? Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um die elsass-lothringischen Soldaten vor solchen Insulten und die gesamte Bevölkerung elsass-lothringens vor den daraus resultierenden Gefahren zu schützen?

Unter den Eingängen befindet sich der Etat: Die vom Reichstag seinerzeit gestrichenen Kommandantenstellen in Karlsruhe, Darmstadt und Königstein werden im neuen Militärstatut für 1914 wieder angefordert mit der Begründung, daß diese Posten aus militärischen Gründen und zur Erfüllung der in den Militärkonventionen übernommenen Verpflichtungen nötig seien.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Petitionen:
Eine Petition betreffend Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen von Warenhäusern, Filialen, Konsumvereinen usw., soll nach dem Antrag der Kommission der Regierung als Material überwiesen werden.

Abg. Brühne (Soz.): In einer Petition an den Reichstag sollte man doch der Wahrheit die Ehre geben. Die Petition stellt aber völlig unwahre Behauptungen auf. Die Maßnahmen gegen die Warenhäuser sollen angeblich in Wiesbaden von einer „gut besuchten Versammlung“ gefordert worden sein. Diese gut besuchte Versammlung bestand aus acht Mann (Hör, Hör!). Bei den teuren Lebensmittelpreisen kann man es den deutschen Arbeitern nicht verdenken, wenn sie sich in Konsumvereinen zusammenschließen. Die Landwirte haben ihre Genossenschaften, es bestehen Treys und Ringe, da soll man den Arbeitern auch die Konsumvereine lassen. Wir beantragen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Präsident stellt gleichzeitig zur Debatte eine Petition betreffend die Bekämpfung der Konsumvereine und das Verbot an Lehrer und Beamte, einem Konsumverein anzugehören.

Abg. Schulenburg (natl.): Der Mittelstand leidet Not, und wenn man auch die Konsumvereine nicht verbieten darf, so darf man sie doch auch nicht bevorzugen.

Abg. Sachsse (Soz.): Die Aktion würde auf weiter nichts hinausführen, als auf eine abermalige Verteuerung der Lebensmittel. Wir bitten auch über die zweite Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Zil (Str.): Ich bitte, es beim Kommissionsantrag zu belassen.

Abg. Meyer-Herford (natl.): Ein Verbot für Beamte und Lehrer, den Konsumvereinen anzugehören, würde ein Eingriff in deren staatsbürgerliche Rechte bedeuten. Sie sollten es aber als eine Ehrenpflicht ansehen, den Mittelstand nicht zu schädigen.

Abg. Guntter (fortsch. Vpt.): Wir sind für Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Burghardt (Wirtsch. Vgg.): Wir wollen nur Mißstände bekämpfen.

Abg. Feuerstein (Soz.): In den Konsumvereinen ist das Wirtschaftsinteresse von zwei Millionen Familien, darunter 1 1/2 Millionen Arbeiterfamilien zu erblicken.

Nach weiteren Erörterungen werden die beiden Petitionen als Material überwiesen.

Bei der Petition über Erteilung dauernder Dispense von der Bäckereiverordnung beantragt die Kommission Ueberweisung zur Erwägung, während die Sozialdemokraten Uebertragung zur Tagesordnung beantragen.

Abg. Binder (Soz.): Die Bäckereiverordnung gibt zu vielen Beschwerden Anlaß. Der Redner erörterte dann die einzelnen Bestimmungen, wird aber schließlich vom Vizepräsidenten Dr.

Dove ermahnt, sich kürzer zu fassen. Er beantragt Uebertragung zur Tagesordnung.

Abg. Freyer (Str.): Die Gärten der Bäckereiverordnung müssen beseitigt werden. Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Hütel (natl.): Sollte man gerecht verfahren, so müßte man auch für die sonstigen Gewerbe derartige Ordnungen schaffen.

Abg. Dr. Neumann-Geser (f. Vpt.): Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Burghardt (Wirtsch. Vgg.): Die Polizeiverordnungen legen Bestimmungen in die Bäckereiverordnungen hinein, die nicht in dieser enthalten sind.

Abg. Duard (Soz.): Bei der Bäckereiverordnung ist der erste Anfang gemacht worden, die Bäckereien in gesunde Räume zu verlegen, und sofort scheiden die Hausbesitzer und das Unternehmertum nach Beseitigung dieser Maßnahmen.

Abg. Koch (fortsch. Vpt.) tritt für den Kommissionsantrag ein. Abg. Giesberts (Str.): Unnötige Gärten sollten beseitigt werden. Abg. Wurm (Soz.): Das Publikum muß davon geschützt werden, daß ihm die Backwaren vererbt wird.

Abg. Giesberts (Str.): Ich muß dagegen protestieren, daß ich für die Möglichkeit eingetreten sei, daß das Bäckergewerbe in ekelhaften Betrieben ausübt werden könne.

Nach weiterer Debatte wird die Petition zur Erwägung überwiesen.
Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr: Interpellation wegen Arbeitslosigkeit und wegen Zabern, Gesetz betr. Verbot militärischer Geheimnisse und betr. Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Programmrevision in Holland. Auf Grund der vorjährigen Parteitagbeschlüsse hat der Vorstand unserer holländischen Parteiorganisationen eine Kommission ernannt, welche den Teil des Parteiprogramms, der die Forderungen an den Staat enthält, einer Revision unterziehen soll. Die Kommission ist zusammengesetzt aus den Parlamentsmitgliedern Troelstra, Blegen, Schaper und Alberda und den Genossen Dr. Donger, v. d. Tempel (Vorstandsmitglied der Gewerkschaftszentrale) und Wibaut, mit dem Genossen Antermit als Schriftführer.

Gewerkschaftliches.

Scharfmachereien an allen Ecken und Enden. Die nordwestdeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hielt in vergangener Woche in Düsseldorf ihre Hauptversammlung ab. Nach dem Bericht, den die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ über die Verhandlungen bringt, zählte der Verband am 30. Juni ds. Js. 140 Mitglieder, die 177 110 Arbeiter mit einer Gesamtlohnsumme von 201 684 618 Mk. beschäftigten. Mit Genugtuung ist im Geschäftsbericht die Vertreterrolle erwähnt worden, die die christlichen Gewerkschaften auch im Düsseldorf-Bezirk bei verschiedenen Gelegenheiten gespielt haben. Ebenso hat man sich gefreut, ein Zunehmen der gelben Gewerkschaften registrieren zu können.

Nachdem dann des langen und breiten über den Stand der Verhandlungen wegen des Zusammenstufens von „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ mit dem „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ und der Speisung des „Büchsen Julius-Turnes“ berichtet worden, wurde die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Anstoß von Arbeitgeberverbänden des Handwerks gelenkt.

„Der Gefahr, daß der Zusammenschluß so unterschiedlicher Elemente eine feste Geschlossenheit verhindert, hat man in den Sitzungen durch Einführung einer Gruppenbildung vorgebeugt“, heißt es wörtlich in dem Bericht der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Und weiter: „Aufs Stellungnahme zu grundsätzlichen Fragen können innerhalb der Vereinigung besondere Gruppen von Verbänden gebildet werden, die über ihnen zugehörige Fragen eine selbständige Entscheidung zu fassen haben. Die Beschlüsse der Gruppen bedürfen der Bestätigung der Vereinigung. Sie sind aber im Falle der Bestätigung nur für die Gruppenmitglieder verbindlich.“

So gedenkt sich also die Herren die „handwerklichen Arbeitgeberverbände“ dienstbar und gefügig zu machen, zum Zweck gemeinsamen Vorgehens gegen die Arbeiterorganisationen. Nach einer ellenlangen Aufzählung aller sozialpolitischen „Böhsitäten“, die den Arbeitern während der Regierung Wilhelm II. zuteil geworden, wird im Geschäftsbericht unter Anrufung der Bernhard, Ehrenberg, Stier-Somlo und Kaufmann als Zeugen für die unerwünschten Folgen der Arbeiterversicherung eine Ruhepause in der Sozialpolitik verlangt. Und weiter wird gegen „die dem Vergang aufgeworbenen obligatorischen Arbeiterauschüsse und Sicherheitsmänner als einem Herd politischer Unruhe“ losgezogen. Die von den Sozialideologen geforderten Arbeitskammern würden in gleicher Weise wirken. Selbst die auf der jüngsten internationalen Arbeiterkonferenz erhobene Forderung des Verbots der Nacharbeit für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren fand keine Gnade vor den Herren. Sie erklärten diese Maßnahme für ebenso schädlich wie die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Das letzte Problem sei eines der schwierigsten Probleme, weil — sich nicht oder nur schwer feststellen lasse, ob die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet, eine gewollte sei, oder ob Arbeitslosigkeit vorliege! Als Beispiel einer überhöhten Gesetzgebung wurde auf die Angestelltenversicherung hingewiesen und zum Schluß — wie wäre es anders zu erwarten — energisch das Verbot des Streikpostenstehens gefordert.

Neues vom Tage.

Unterzahlungen.

Frankfurt a. M., 25. Nov. Die „Frankfurter Nachrichten“ melden aus Nidenbach: Bei dem ländlichen Kreditverein Nidenbach fehlen über 200 000 Mk., die der Rechner und Bürgermeister Hofmann unterschlagen hat. Hofmann besaß großes Vertrauen und so war es ihm ein Leichtes, die Bürger, die das Geld einlegten und bei denen er in hohem Ansehen stand, um ihre sauer erparten Ersparnisse zu bringen. Die aus drei Personen bestehende Prüfungskommission beschäftigte sich seit Mitte August, seit welcher Zeit Hofmann auch in Unterzahlungshaft sitzt, mit dieser Angelegenheit.

Reuwer, 25. Nov. Die hiesigen Israeliten haben eine öffentliche Sammlung für Weiss abgehalten, die die Summe von 400 000 Mk. ergab. Man will dafür Weiss in Amerika eine Farm kaufen.

Kriegsgericht.

Trier, 25. Nov. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte den Leutnant Grünling vom 29. Infanterie-Regiment wegen fahrlässiger Tötung des bei ihm weilenden Bar-Fräuleins Kehler durch einen Bromwing-Schuß zu zwei Monaten Gefängnis.

Wardprozess gegen Leutnant Tieg.

Wetz, 25. Nov. Die Tragödie in einer hiesigen Kaserne, wo, wie berichtet, der Leutnant Tieg in seiner Wohnung einen Nährich in der Trunkenheit erschossen hatte, steht heute vor dem Wehr Kriegsgericht zur gerichtlichen Aburteilung. Die Verhandlung findet unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit statt und dauert voraussichtlich 2 Tage.

Zu dem Unglück bei Carlshorst.

Berlin, 25. Nov. Die Leichen der sieben Arbeiter, die gestern vormittag bei dem befallenen Unglück zwischen Carlshorst und Sadoma ums Leben gekommen sind, wurden im Laufe des Nachmittags sämtlich rekonstruiert. Der verletzte Vorarbeiter Josef Smantoch liegt im Krankenhaus Ober Schönweide schwer darnieder.

Um 50 Pfennig ermordet.

Briesen, 25. Nov. In der Nähe von Briesen ermordeten wegen 50 Pfennigen vier jugendliche polnische Arbeiter den verheirateten Arbeiter Anton Rutkowski aus Nieb. Sie beschwerten die Leiche mit Steinen und versenkten sie im Friedhof bei Briesen. Die Täter wurden verhaftet. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Von der Pariser Oper.

Paris, 25. Nov. Die Direktion der großen Oper hatte die Chordamen für den kommenden Sonntag zu einer Probe des Parsifal aufgefordert. Die Damen antworteten jedoch am Samstag, daß sie einer solchen Aufforderung nicht Folge leisten könnten. Diese hätte 8 Tage früher geschehen müssen. Das Antwortschreiben an die Direktion war von sämtlichen Chordamen unterzeichnet und auch die Chorherren hatten zum Zeichen ihrer Solidarität ebenfalls ihre Unterschrift gegeben. Am Sonntag erschienen verabschiedungsähnliche familiäre Solosänger. Die Gesangsprobe konnte jedoch, da die Chordamen fehlten, nicht abgehalten werden. Die Direktion der Oper hat nun entscheidende Maßnahmen getroffen und bereits in verschiedenen Zeitungen Annoncen veröffentlicht, in denen Chorstimmen für die Aufführung des Parsifal gesucht werden. — Delegierte der Musikanten der Oper begaben sich gestern in das Bureau der Direktion und forderten eine Lohnerhöhung von 50 Centimes pro Tag. Die Direktion glaubt jedoch, dieses Ansuchen vorläufig zurückweisen zu müssen. Man erwartet auch von dieser Seite weitere Konflikte.

Ein Prinz vor Gericht.

Mailand, 25. Nov. Prinz Vukunin, der Sohn des bekannten russischen Revolutionärs, stand gestern vor dem Strafgericht von Mailand unter der Anklage des Betruges. Sein Advokat plädierte auf Unverantwortlichkeit. Das Urteil wird erst in einigen Tagen gesprochen werden.

Ein brennender Dampfer.

Rotterdam, 25. Nov. Der Niederländische Dampfer „Kangaan“ ist in brennendem Zustande in den Hafen von Lissabon eingelaufen. Das Feuer auf dem Schiff, das Tabak und Palmkerne geladen hat, breitet sich sehr schnell aus. Da es bisher nicht gelungen ist, den Brand zu löschen, wird der Dampfer wahrscheinlich zum Sinken gebracht werden müssen.

Berlinhalsband-Affäre.

London, 25. Nov. In der Pariser Drei Millionen Franco-Berlinhalsband-Affäre wurden sämtliche Angeklagte für schuldig befunden, das Berlinhalsband gestohlen zu haben. Es erhielten: Soddet und Grizard je sieben Jahre Zuchthaus, Solowerman fünf Jahre Zuchthaus und Gutwirth 18 Monate Zwangsarbeit. Die beiden Letzteren wurden, da sie Deutscher sind, zur Ausweisung empfohlen.

Fliegerunglück.

London, 25. Nov. Aus San Diego in Kalifornien wird gemeldet: Die beiden Leutnants Kelly und Elhman wurden gestern dort bei einem Flug über dem Meerbusen durch Umschlagen ihres Flugzeuges ab und fanden den Tod.

Untertunellung des Vermellanal.

London, 25. Nov. Der Plan einer Untertunellung des Vermellanal scheint greifbarere Formen annehmen zu wollen. In der vergangenen Woche fand ein Bankett der Freunde dieses Projektes statt, wobei besonders die Tatsache hervorgehoben wurde, daß technisch überhaupt kaum Schwierigkeiten vorliegen. Nunmehr erfährt man, daß auf Veranlassung des Ministerpräsidenten die Admiralität, das Kriegsministerium und das Handelsamt sich neuerdings mit der Frage beschäftigten und Berichte ausarbeiten, die demnächst fertiggestellt sein sollen. Ueber diese Berichte soll dann der Reichswehr-Ausschuß seine Meinung abgeben, die für die Regierung entscheidend sein wird.

Eine neue Polarexpedition.

London, 25. Nov. Der Südpolarforscher Shackleton beabsichtigt eine Expedition nach der Antarktis zu unternehmen. Bestimmte Angaben kann Shackleton, wie er sagt, noch nicht machen. Jedenfalls soll die Expedition in großem Maßstabe ausgeführt werden.

Ein Selbstmörder-Klub.

Petersburg, 25. Nov. Auf Beschluß des „Klubs der Selbstmörder“ erschossen sich hier der Techniker Nikolski und der Militär-Feldscher Schmidt, beides junge Leute von 19 Jahren. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Selbstmörderklub.

Berichtszeitung.

* Lösung eines Vertrages mit dem — Revolver. Wegen Erpressung ist vom Landgericht Mannheim am 4. Juli der Bierbrauer und Gastwirt Josef Mendel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte am 1. November 1911 als Inhaber einer Schankwirtschaft mit der Gesellschaft Urania einen Pachtvertrag auf 10 Jahre abgeschlossen. Da er die Wirtschaft am 1. Mai 1913 aufgab, war er der Meinung, daß der Vertrag keine Gültigkeit mehr habe und weigerte sich, die Jahresprämie für 1912/13 zu zahlen. Er wurde aber zur Zahlung verurteilt und die Gesellschaft ließ bei ihm pfänden. Am selben Tage, an dem dies geschah, rief der Angeklagte unter anderem Namen telefonisch den Agenten B. an, der den Vertrag mit ihm abgeschlossen hatte und ersuchte ihn, in die Wirtschaft eines gewissen B. zu kommen, da ein Vertragsabschluss in Aussicht stehe. B. kam und B., den der Angeklagte vorher ins Vertrauen gezogen hatte, erklärte, er sei nicht geneigt, eine Pachtverpflichtung zu nehmen. Als B. nun nach Besichtigung des Angeklagten fragte, wie es gehalten werde, wenn jemand während der Dauer des Vertrages seine Wirtschaft aufgeben sollte, unter diesen Umständen habe der Versicherungsnehmer nur für das angebrochene Jahr zu bezahlen und für die spätere Zeit könne auf Antrag des Geschäftsnachfolgers die Versicherung auf diesen übertragen werden. Der Angeklagte, der bis dahin hinter einer Zeitung versteckt in einer Ecke gesessen und alles mit angehört hatte, sprang nun auf und trat auf B. zu, während B. sich aus dem Gastzimmer entfernte. Der Angeklagte zog seinen Revolver aus der Tasche heraus und verlangte mit Mißtrauen auf das Geschehene, daß er wegen Aufgabe seines Geschäftes die Versicherungsprämie nur bis zum 1. Mai 1913 zu bezahlen habe. Als B. es glatt ablehnte, eine solche Versicherung auszustellen, zog der Angeklagte aus seiner rechten Hosentasche einen Revolver, hielt ihn dem B. vor die Brust und rief: Ich schieße Sie sofort nieder, wenn Sie nicht sofort schreiben! B. zweifelte nicht an dem Ernst der Drohung und schrieb unter dem Zwange auf die letzte Seite des Versicherungsscheines die Worte: Ich beschneige, daß Herr Mendel bis zum 1. Mai 1913 die Prämie zu zahlen hat und daß der Vertrag hiermit aufgehoben ist. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte bewußt durch seine Drohung einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschafft hat. In seiner Revision bestritt der Angeklagte, in dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt zu haben. Der Reichsanwalt erklärte die Revision für unbegründet und war sogar der Ansicht, daß der Angeklagte wegen räuberischer Erpressung hätte verurteilt werden können. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision als unbegründet.

Storab...
sich der Bü...
ung ein...
er Beschlu...
dem „Pfo...
wegen die...
Nach der...
arbeiten so...
genommen u...
Kaufe, für...
in Aussicht...
für einen A...
berechnet...
bis zum B...
dürfte. We...
rats zustim...
den 8 Preis...
genommen...
antrag, de...
1915 die...
* Die...
nahme der...
Mittwoch...
hält.

Durlach.

* Sozia...
die heute...
aufmerksam...
— Di...
sucht uns...
vom 21. d...
vorgekomm...
eines Trau...
Bemachläß...
Zusfall, im...
zeit vorlo...
der Press...
benützt. I...
titels auf...
tigt, der T...
lässigkeit...
trieb vor...
Beamtens...
Betreffs...
sage unfer...
der hunde...
Namen au...
sorgt. Wi...
als unmaß...
erklären u...
würden m...
ganz entse...
In m...
tionschluß...
Berichte...
Angelegen...
Sttinge...
— Ru...
stloffen n...
bei Wiltg...
lung ha...
gliedern...
abgelaufr...
schritt ge...
anlassen...
der Nafcu...
Bereins o...
gedante f...
der in di...
aufgestellt...
Leih...
nehmen, i...
Vorja...
ist. Die...
öffnung...
Mitglied...
gestiegen...
dürfte ab...
schieden...
Mitglied...
Die Mitg...
zu einer...
berühmt...
bearbeitet...
immer a...
vereins...
entbehre...
Markt di...
vom Rot...
zum Tei...
ein auf...
großer...
ausgesch...
von 370...
Dividen...
guthaben...
Der sah...
wurde i...
Aufsicht...
Gluh...
Doll w...
Tagesso...
an. De...
noch in...
Betätigt...
Anweise...
zu betre...
Bereins...
Verjam...

Sttinge.

— Ru...
stloffen n...
bei Wiltg...
lung ha...
gliedern...
abgelaufr...
schritt ge...
anlassen...
der Nafcu...
Bereins o...
gedante f...
der in di...
aufgestellt...
Leih...
nehmen, i...
Vorja...
ist. Die...
öffnung...
Mitglied...
gestiegen...
dürfte ab...
schieden...
Mitglied...
Die Mitg...
zu einer...
berühmt...
bearbeitet...
immer a...
vereins...
entbehre...
Markt di...
vom Rot...
zum Tei...
ein auf...
großer...
ausgesch...
von 370...
Dividen...
guthaben...
Der sah...
wurde i...
Aufsicht...
Gluh...
Doll w...
Tagesso...
an. De...
noch in...
Betätigt...
Anweise...
zu betre...
Bereins...
Verjam...

* g...

und M...
cab un...
die Sa...
beging...
der 18...
Bürsche...
lassen...
menen...
wieder

Schönert auf dem Turmberg bei Durlach an den Pächter der Wirtschaft „Zum Burgstuf“... Der bisherige Pächter ist am 1. November ds. Js. abgezogen.

Verlegung der Markttag im Viehhof. Auf Antrag der Wehgerinnung wird bei großh. Ministerium des Innern beantragt, daß in Zukunft der Freitags-Viehhofmarkt (für sämtliche Schlachtviehgattungen) auf Donnerstags verlegt werde...

Personalsachen. Uebertragen werden — zunächst probeweise — die Stelle des Ständebuchführers und Stellvertreters des Ständebuchführers dem Justizkassier beim großh. Amtsgericht hier, Adolf Stovar, die Stelle eines Bureaubeamten beim städtischen Krankenhaus dem Vizesekretär Wilhelm Reinhard beim Bekleidungsamt des 14. Armeekorps.

Kellner für den städtischen Rheinhafen. Der Stadtrat hat die Kunsthandwerker „Künstlerbund“ mit der Anfertigung eines Kellnerplaketes für den Rheinhafen nach dem Entwurfe des Kunstmalers Joo Buhony in Baden-Baden beauftragt. Daselbst ist in einer Anzahl von 1000 Stück fertiggestellt. Weiter wurden 300 Plaketarten mit einer verfeinerten Nachbildung des Plaketes hergestellt.

Mühlburgerter-Gäuschen. Der Stadtrat hat unterm 24. Juli ds. Js. beschlossen, die Kosten für die Freilegung und den Umbau der Häuser des ehemaligen Mühlburger Tores (Verlegung der Polizeiwache aus dem nördlichen in das südliche Gäuschen, Einrichtung einer Wartehalle für Straßenbahnfahrpässe und einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im nördlichen Gebäude) im Gesamtbetrag von 17 200 Mk. im nächstjährigen Voranschlag vorzusehen. Da nun demnach das frühere Bahnhofsgebäude am Mühlburger Tor samt dem benachbarten Abort abgebrochen wird, soll mit dem Umbau der Mühlburgerter-Gäuschen alsbald begonnen und der erforderliche Kostenaufwand beim Bürgerausschuß angefordert werden.

Anpflanzungen in Straßen und auf öffentlichen Plätzen. Für die Anpflanzung von 50 Bäumen auf den beiden Gehwegen in der Auerstraße (Stadtteil Müppurr) wird der Betrag von 600 Mk. und für die Anpflanzung von Bäumen und Gesträuchen auf dem Spielplatz zwischen dem neuen Mesplatz und dem Bahndamm der Linie Karlsruhe—Graben der Betrag von 900 Mk. im Entwurf des nächstjährigen Gemeindeveranschlags vorgezogen.

Errichtung einer Dienerschaftsschule. Das Gesuch einer „Frankfurter Dienerschaftsschule“ um Genehmigung zur Errichtung eines gleichen Instituts in hiesiger Stadt wird dem großh. Bezirksamt — Polizeidirektion — mit Antrag auf Ablehnung vorgelegt, da sich das Unternehmen zweifellos als eine gewerbsmäßige Stellenvermittlung darstellt, für die angesichts der Tätigkeit des städtischen Arbeitsamtes dahier keinerlei Bedürfnis besteht.

Wirtschaftsgefuche. Dem großh. Bezirksamt werden vorgelegt: unbeanstandet die Gesuche des Wirts Friedrich Seiler, zurzeit in Gaildorf (Württemberg), um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Drehscheibe“, Schützenstraße 87, und des Wirts Anton Oberst um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftskonzession mit Branntweinschank vom Hause Wielandstraße 32 „Zum Schützen“ nach jenem Kastatterstraße 1 „Zum Schützen“ (Stadtteil Müppurr), unter Weahung der Bedürfnisfrage das Gesuch des Wirts Fritz Nimmelin um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank (erstklassiges Weinrestaurant mit Barbetrieb) im Hause Ritterstr. 8 unter Verneinung der Bedürfnisfrage die Gesuche des Kaufmanns Wilhelm Nuhn um Erlaubnis zur Errichtung einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Eck Gerwig- und Weidenstraße zu erstellenden Neubau, des Christian Mayer um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank im Hause Eisenbahnstraße 41 und des Wirts Gottl. Ehret um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank in einem beim Mühlburger Bahnhof in der Honzellstraße zu erstellenden Neubau. Das Gesuch der Elisabeth Scholl um Erlaubnis zum Ausschank von Kaffee, Schokolade und Tee im Hause Dirschstraße 3a wird durch Anschlag an der Verbandsversammlung zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Todesfall. Gestern nachmittag verschied nach kurzem Krankenlager an einem Gallensteinleiden unser Parteigenosse Alois Wallweg. Genosse Wallweg war seit 1888 eingeschriebenes Mitglied unserer Partei, er war ein treuer und rühriger Angehöriger unserer Sache, dem die Karlsruhe' Organisation ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Wünsche aus der Baumeisterstraße. Man schreibt uns: Die Stadtverwaltung hat durch verschiedene Maßnahmen den Geschäftsleuten in der Kriegstraße vor dem alten Bahnhof einen Ausgleich für die Verluste, die sie durch Wegverlegung des alten Bahnhofes erlitten haben, zu schaffen versucht; so hat sie u. a. zwei Ausgänge nach der Kriegstraße hin für die bei den Abbrucharbeiten beschäftigten Arbeiter geschaffen. So sehr nun jenen am meisten geschädigten Geschäftsleuten dieser Ausgleich, der ja nur ein ganz geringer Ersatz darstellt, zu gönnen ist, so sehr haben andererseits auch die in der Baumeisterstraße sich befindenden Geschäfte einen Anspruch darauf, nicht ganz auf die Seite gesetzt zu werden. Auch sie haben seit Wegverlegung des Bahnhofes lange nicht mehr die Einnahmen wie früher. Für sie steht eine Aenderung der Verhältnisse erst mit Ende der Ausstellung 1915 in Aussicht. Auch sie möchten deshalb an die Stadtverwaltung die Bitte richten, womöglich auch nach der Baumeisterstraße zu Ausgänge zu schaffen. Auch wäre die Einrichtung einer Haltestelle an der Baumeisterstraße sehr zu wünschen. Gerade an der ersten Straße des Stadtteils und in der Nähe des Albtalbahnbahnhofs sollte doch unbedingt eine Haltestelle sein. Die Wünsche sind gewiß gegeneinander, sehr bescheiden und eine Erfüllung derselben wäre bei einigermaßen gutem Willen wohl möglich.

Einpruch gegen die Kreiswahlmännervahlen. Der Bezirksrat erklärte die Einsprache des Revisors Börner und des Redakteurs Wahl vom Zentrum gegen die Wahl der Kreiswahlmänner im 5. und 6. Wahlbezirk, in denen bekanntlich die Vorschläge der Vereinigten liberalen Parteien durchgegangen waren, für unbegründet und die Wahl für gültig. Die Kosten des Verfahrens fallen den beiden Einsprechern zur Last.

Verein Volksbildung. Sonntag, 30. Nov., nachmittags halb 2 Uhr, findet im Hoftheater eine Theatervorstellung statt und zwar: „Beh' dem, der liegt“. Hierzu haben die korporativen Mitglieder die Anrechte. Die Eintrittskarten werden Donnerstag, 27. Nov., abends 8 Uhr, ausgegeben, und zwar: für die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, und in der Restauration zur „Palme“, Lessingstraße; für die Arbeiter der Eisen-

bahnhauptwerkstätte in der Restauration zum „Auerhahn“, Schützenstraße; für die Mitglieder des Verbandes freier Hilfskassen in der Restauration „Wolfschlucht“, Schützenstraße. Die Mitgliedsbücher sind als Legitimation vorzulegen und können dieselben erst von 7 Uhr an abgegeben werden.

Dem Gewerbeverein Karlsruhe e. V. wurde vom Ministerium des Innern die Genehmigung erteilt, anlässlich seiner Weihnachtsmesse Handwerkerzeugnisse im Gesamtwert von 7000 Mark zur Auspielung zu bringen. Zu diesem Zwecke werden 10 000 Lose à 1 Mk. ausgegeben. Im vorigen Jahre waren in ganz kurzer Zeit die ausgegebenen Lose vergriffen.

Städtebauliche Ausstellung. Die augenblicklich in der Festhalle hier arrangierte Ausstellung für Siedelungen, Städtebau und Wohnungsweisen war am letzten Sonntag von mehr als 2000 Personen besucht und erweckte allgemeines Interesse. Die Ausstellungsleitung veranstaltete vormittags und nachmittags erläuternde Führungen. Wir machen darauf aufmerksam, daß von nun an täglich von 5—6 Uhr und von 1/27—1/28 Uhr solche Führungen teils durch den Leiter der Ausstellung, Regierungsbaumeister a. D. Langen, selbst, teils durch Mitglieder des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins stattfinden werden. Diese Führungen sollen den Besuchern die Uebersicht über sehr reichhaltiges und teilweise nach neuen Gesichtspunkten zusammengestelltes Material erleichtern und damit den Zweck und die Bedeutung der Ausstellung klarlegen. Regierungsbaumeister a. D. Langen wird bei seinen Führungen einige Sondergebiete der Ausstellung eingehender in zusammenhängender Art behandeln. Hierbei gibt jeweils das schwarze Brett am Eingang der Ausstellung Auskunft. Für Hochleute ist Regierungsbaumeister Langen täglich in der Ausstellung von 5—6 Uhr bezw. vor oder nach den Führungen zu sprechen.

Ueber das Vermögen des nach Unterschlagung von 80 000 Mark flüchtig gegangenen Rechtsanwalts Lorenz wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Anfall. Gestern nachmittags 1/4 Uhr fuhr ein Straßenbahnwagen, obgleich der Wagenführer brennte, in der Honzellstraße gegen die geschlossene Schranke der Straßenbahn, wodurch die Bahnstrasse sowie der Straßenbahnwagen erheblich beschädigt wurden. Der Verkehr der städtischen Straßenbahn nach dem Rheinhafen war hierdurch etwa eine Stunde gestört. Personen wurden nicht verletzt.

Manufarben Diebstahl. Gestern nachmittags wurde einem Dienstmädchen aus einem Hause der Waldstraße aus verschlossener Manufarbe mittelst Nachschlüssel der Geldbetrag von 15 Mk., ein vergoldetes Halsketten mit einem Kreuz und eine vergoldete Brosche, viereckig, in der Mitte mit einem Herzchen, einem Kreuz und einem Anker, entwendet.

Im Residenz-Theater findet nur noch bis inkl. 28. d. M. die ausgezeichnete Vorführung des Jolaischen Romans Germinal statt. Der fünfaktige, in jeder Hinsicht erstklassige Film übt eine tiefe Wirkung auf die Zuschauer aus, die durch klare, allgemeinverständliche Sprache der Bilder und durch den außerordentlich dramatischen Inhalt des Werkes von Akt zu Akt gesteigert wird. Das allgemeine Urteil nach Schluß der Vorstellungen ist das denkbar beste. Die Bearbeitung des Jolaischen Romans für den Film läßt naturgemäß die dramatischen Momente stärker als der Roman in den Vordergrund treten. Das Geschick der Bearbeiter tritt aber auch insofern deutlich an den Tag, als es gelungen ist, nicht nur Illustration zu einem literarischen Meisterwerke, sondern ein in sich abgeschlossenes und künstlerisch abgerundetes Filmwerk zu schaffen. Bewundernswert wie die Ingenieurierung der Bergwerksszenen ist die Verfertigung, die die Hauptfiguren des Romans in diesem Film gefunden haben. Besonders erschütternd wirken die Szenen, die sich tief unter der Erde abspielen, nachdem das einbrechende Wasser den Bergleuten den Weg zum Tageslicht abgeschnitten hat. Wie der Roman, so führt uns auch der Film ergreifende Bilder vor Augen, die aus dem Dunkel des sozialen Lebens heraufgeholt, einer tiefen Wirkung fähig sind.

Letzte Nachrichten.

Wiederanforderung der Kommandantenstellen. Berlin, 25. Nov. Die vom Reichstag seinerzeit gestrichenen drei Kommandantenstellen in Karlsruhe, Darmstadt und Königsberg werden in dem neuen Militäretat für 1914 wieder angefordert mit der Begründung, daß diese Posten aus militärischen Gründen zur Erfüllung der in den Militärkonventionen übernommenen Verpflichtungen nötig seien.

Eine „Kleine Anfrage“.

Berlin, 25. Nov. Die Elsaß-lothringische Gruppe hat im Reichstag ihre ursprüngliche Interpellation betreffend die Vorfälle in Zabern in eine kurze Anfrage an die Regierung umgewandelt, um dadurch zu bewirken, daß bereits kommenden Freitag im Reichstag eine offizielle Darstellung des Sachverhalts von der Regierung gegeben wird.

Aus der ungarischen Delegation. Wien, 25. Nov. Die auf Verlangen der Oppositionellen ungarischen Delegierten zur Besprechung der Frage der Verwendung der Parlamentswache in den Delegationen, sowie der Ausschließung des Delegierten Stephan Bakowsky einberufene außerordentliche Plenarsitzung der ungarischen Delegation, ist nach einer Minute wieder geschlossen worden wegen Beschlusunfähigkeit, da die Regierungspartei fernblieb. Es ereignete sich keine Zwischenfälle. Der Präsident ordnete die nächste Plenarsitzung auf Montag an, um der Opposition Gelegenheit zu geben, ihre Beschwerden vorzubringen.

Frankzösische Kammer. Paris, 25. Nov. Die Kammer setzte die Beratung des Anleihenentwurfs ohne Debatte und im Einvernehmen mit der Regierung auf nächsten Donnerstag, 27. November, fest.

Die französischen Bergarbeiter. Paris, 25. Nov. Der Nationalausschuß der Bergleute erklärt im Anschluß an die gestrige Kammerabstimmung in einem Manifest, das in Douai geschlossene Kompromiß sei ein Verrat, gegen den alle Bergleute protestieren müßten. Sie sollten jedoch nun wieder an die Arbeit gehen und die Bewegung nicht fortsetzen. Wenn ihre Forderungen hinsichtlich der Altersversorgung, des Achtstundentages und der Gleichstellung der Arbeiter in den Schieferbergwerken mit den Bergleuten der Kohlengruben nicht befriedigt würden, werde sich der im Januar zusammentretende Nationalkongreß der Bergleute für den Generalfreist erklären.

Ein Sieg der mexikanischen Hebeln. El Paso, 25. Nov. Die Insurgenten haben bei strömenden Regen himadert, nachdem ein verzweifelter Kampf über acht Stunden lang gewütet hatte, in dem die Bundesstruppen zurückgeschlagen sein sollen. Als die Lage ein bedenkliches Aussehen annahm, veranlaßte man alle Ausländer, Suarez zu verlassen und führte sie unter Eskorte bis zu der auf amerikanisches Gebiet führenden Brücke.

Briefkasten der Expedition. M. A. Durlach. Ihr Inserat kann im „Volksfreund“ keine Aufnahme finden. Ihr Brief war unfrankiert und infolgedessen mit 20 Pfg. Strafpporto belastet.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus der Lande und Neues vom Tage: Hermann Adel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Heuiletton: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger. Deutscher Arbeiterjüngerbund, Gau Baden, Bezirk Karlsruhe. Den vereinslichen Bezirksvereinen zur Nachricht, daß eine weitere Lieferung der Sängergezeitung von heute ab im Total „Auerhahn“, Schützenstr. 58, zum Abholen bereit liegt. 5023 Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts). Heute, Mittwoch, den 26. Nov., abends halb 9 Uhr, im „Löwenbräu“ Hauptauschuss-sitzung. Erscheinen aller Ehrennache. 5052 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins. 26. November. Schutterinsel 1.75 m, gest. 5 cm, Rehl 2.71 m, gest. 7 cm Maxau 4.35 m, gest. 3 cm, Wannheim 3.71 m, gest. 12 cm.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24. Wir empfehlen: Die Organisation des Generalfreists in Belgien. Preis 25 Pfg., Porto 10 Pfg. Christentum und Sozialismus von A. Weber. Preis 10 Pfg., Porto 5 Pfg.

Pelze alle Arten in grosser Auswahl staunend billig. Nur Zirkel 32 1 Treppe hoch. Jede Mutter sollte ihre Kinder nur mit der Stedenpferd-Buttermilch-Seife v. Bergmann & Co. Badenweiler waschen, denn sie ist die beste Kinderseife, da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut. St. 30 Pfg. in Mühlburg: Straußdrogerie. 4209 Schuppen! Haarausfall! verhindert Bergarnika-Haaröl à 50 Pfg. 2591 Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20 Bekanntmachung Um Irrtümer zu vermeiden, gebe hiermit öffentlich bekannt, daß ich mein 5054 Herren- und Knaben-Kleider-Geschäft von Adlerstraße 18a nach 60 Kaiserstraße 60 verlegt habe, unter dem Namen Konfektionshaus Merkur Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Bis 27. Nov. Auf g...

Gesang...

Wir leben u...

in Kenntnis...

Mufg...

Herr Dr. den Antrag...

Der Inhab...

Kol...

Karl...

Wir e...

V...

Ap...

Ap...

Pr...

Er...

Orts...

Die stat...

Ger...

findet am...

Montag, im Saale d...

1. Ber... 2. Ber... 3. Wa... das... 4. We... Raff... 5. Auf... 6. Auf... 7. Ber... Zu zahl... das nur... stimmbered... Gru...

Bis Donnerstag, den 27. Nov. einschließlich
Auf große Poffen Waren

10% Rabatt in bar.

Günstige Gelegenheit zur Deckung des Weihnachts-Bedarfs.

W. Boländer

121 Kaiserstrasse 121.

5056

Gesangverein „Kassalia“, Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir setzen hiermit unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen passiven Mitgliedes

Alois Ballweg

in Kenntnis. 5053

Die Beerdigungszeit wird morgen bekannt gegeben.

Die Sänger treffen sich an der Friedhofskapelle. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Aufgebotsverfahren.

Herr Dr. Erich Keller, Oberlehrer hier, Kadettenhaus, hat den Antrag gestellt, sein abhanden gekommenes Sparbuch, Lit. L. Nr. 2314 mit einer Einlage von 135,67 Pfg., für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird. 5049

Karlsruhe, den 22. November 1913.

Städtische Spar- und Pfandleihkasse.



Jurgens & Prieze G. m. b. H. Goch (Rhd.) SOLO in Carlon
 Fabrikanten der althährlichen Marke

Elsässer Reste-Geschäft.

Viktoriastraße 10 III
 empfiehlt Reste aller Art für Kleider und Blusen, in Samt, Seide, Baize und Wolstoffen, Bett-, Leib- und Tischwäsche, Vorhänge, Stores, Rollbeden, fertige Herren- u. Damenbenden, Gembenflanelle schon v. 30 an. Schweizer Wäschefabrikerei besonders billig.
 Keine Ladenpreise, daher billige Preise. 4778

Rademachers Emulsion

Honig-Lebertran

mit knochenbildenden Salzen
Beste Emulsionsmarke

von erfrischem Wohlgeschmack, hustenvorbeugend, sehr bekömmlich

Depots: G. Ellinger, Sophienstrasse 123 — Max Straus, K.-Mühlburg, Hardtstr. 21. 4120

Ueberzieher

(wenig getragen), von M. 4 an, gut erhalten, Westen — Joppen — Hosen, sehr preiswert bei 5051

R. Billig, Durlacherstr. 68.

Bettstelle mit Post, gr. Kissen, Kissen, Kissen, verschied. Tisch, Seilenschaufel für Schuhmacher, Bogelbende, Papageitfisch, Bauteil mit Einrichtung, billig zu verkaufen. 5047

Portstraße 28, part.

Duppenzimmer und Küche, Garbarbeit, Dampfheizung sowie blaue Winterjacke zu verkaufen, Werberstraße 86, 2. St. links, 3707

Aufarbeiten von Betten u. Postern, werden am besten und billigsten besorgt im Postler-Geschäft R. Köhler, Schützenstr. 25. 3707

Metallbetten, auch für Kinder, billig an Private. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik, Sulz i. Rh. (4212)

Prima 4920

Mostäpfel

per Zentner M. 4.60 empfiehlt Obstkellerei

Wilh. Bender

Morgenstr. 5. Tel. 2084.

Capsan bejeitigt jeden Schnupfen

in 24 Stunden. Niederlagen: Drogerie, Drog. B. Baum, R. Dammert, Zul. Dehn Nachf., Otto Köhler, War. Köhler, A. King Nachf., Hans Meier, Fritz Reis, R. Strauß, Th. Walz.

Akumulator nebst Motor u. versch. Anhäng., als Weisen-Gesch. f. Kinder bill. zu verlauf. Bhllystr. 17, 4. St.

Durlacherstr. 6, 3. St. r., ist ein möbl. Zimmer m. sep. Eing. an ordentl. Arbeit. sof. zu vermiet.

Wäsche u. Waschen u. Bügeln wird billig besorgt. Frau Gauch, Marienstr. 33, II.

Eichhörner mit Käfig billig zu verlauf. Zu erfragen Mühlburg, Hardtstraße Nr. 86, 2. Stod.

1 Sub Mehlwürmer zu verlauf. Durlacherstr. 19, 4. St.

Druckfachen fertigt an Buchdruckerei Volksfreund.

Billig zu verkaufen:

Herren-Capes, Ueberzieher, Kinder-Ueberzieher in allen Größen, 1 große Partie Kinderanzüge, ca. 1000 Mtr. verschied. Stoffreste, Herren- und Damenschirme, in Seide und Halbseide. 5058

Madlener, 20 Müpprerstraße 20
 NB. Sonntag von 11 Uhr ab geöffnet.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)

ist in Verbindung mit dem modernen, garantiert unschädlichen Bleichmittel

Seifix

das beste selbsttätige Waschmittel.

Zu haben in allen Verkaufsstellen von Dr. Thompson's Seifenpulver.

„Seifix“ Paket 15 Pfennig

Sichere Gewähr für reelle Bedienung und volles Gewicht

bieten der geehrten Karlsruher Einwohnerschaft die Mitglieder der

KOLA

Einkaufsgenossenschaft
 Karlsruher Kolonialwarenhändler
 e. G. m. b. H. 47

Durch gemeinsamen Einkauf sind deren Mitglieder in der Lage, stets erstklassige Lebensmittel zu billigsten Preisen zu verkaufen. Mitglied des Rabattsparvereins. Geschäfte durch Plakate erkannt.

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren u. Weine en gros.

Büro Douglasstr. 18 (8-12 u. 2-7 Uhr)

Telephon Nr. 3335.

Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rheinstr. 34a, Wilhelmstr. 30, Bernhardstr. 8.

Knielingen. Teutschneureut, Hagsfeld, Blankenloch, Eggenstein.

Wir empfehlen unseren Spezial-Artikel

Marmelade

Von einem mit unserem Stammhause gemeinsam betriebenen Abschluß auf 800 Ztr. sind in hervorragender Qualität frisch eingetroffen:

Gemischte Marmelade per Pfund 22 Pfg.

Aprikosen-Marmelade gemischt per Pfund 32 Pfg.

Apfelgelee, gem., per Pfd. 36 Pfg.

Zwetschgen-Konfiture per Pfund 38 Pfg.

Preisselbeeren per Pfd. 38 Pfg.

Heidelbeer-Konfiture per Pfund 40 Pfg.

Erdbeer-, Himbeer- und Aprikosen-Konfiture per Pfund 44 Pfg.

5048

Ortskrankenkasse Bruchsal

Die statutenmäßige

ordentliche

Generalversammlung

findet am

Montag, den 1. Dezember 1913, abends halb 9 Uhr,

im Saale des Gasthauses „zum Einhorn“ statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht über die Prüfungen der Rechnung des Jahres 1912.
2. Bericht über den derzeitigen Stand der Kasse.
3. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Rechnung für das Jahr 1913.
4. Beschlußfassung über die infolge der Ausgestaltung der Kasse notwendigen Satzungsänderungen.
5. Aufstellung der Statutenänderung.
6. Aufstellung der neuen Dienst- und Gehaltsordnung.
7. Verschiedenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein, jedoch mit dem Bemerkten, daß nur die erwähnten Vertreter zur General-Versammlung stimmberechtigt sind. 5057

Bruchsal, den 26. November 1913.

Der Vorstand.

Das Herz bleibt gesund,

wenn Sie statt Bohnenkaffee Quieta-Kaffee-Ersatz verwenden. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Feinschmecker, er ist koffeinfrei, schadet deshalb nicht den Nerven und raubt nicht den Schlaf. Er ist billig, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen im täglichen Gebrauch. Pfund-Paket 70 Pfg. in Kolonialwarenhandlungen und Drogerien.

Die Quietapreparate enthalten die wichtigsten Nährsalze, Kalk, Eisen, Phosphor, in löslicher, leicht assimilierbarer Form. Sie sind ärztlich warm empfohlen. Man hüte sich vor minderwertigen Fabrikaten, die keine oder nicht die richtigen Nährsalze enthalten. Man fordere stets ausdrücklich die gesetzlich geschützte Marke Quieta. Wo nicht echt erhältlich, werden Bezugsquellen nachgewiesen von den Quietawerken Bad Dürkheim

Schwächliche blühen auf,

schwache Nerven werden stark, der Appetit wird gesteigert durch kurzen Gebrauch von Quieta-Malz. Es ist wohlschmeckend und bequem zu nehmen. Der Erfolg ist überraschend. Bei Mageren werden Gewichtszunahme und gefällige Formen rasch erzielt. Hebt körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Dosen zu Mk. 1.— und 1.80 in Apotheken und Drogerien.



CONCORDIA 1875
Gesangverein, Concordia
 - e. V. -
 Samstag den 29. Novemb. 1913,
 abends 8 Uhr,
 im großen Saal der Festhalle:
Konzert
 zur Feier des 38. Stiftungs-Festes.
 Mitwirkende: Herr Kammer Sänger **Hanz Tänzler**
 und der 5055
 14jährige Violin-Virtuose **László Ipolgi** aus Budapest.
 Eintrittskarten für Nichtmitglieder sind in be-
 schränkter Anzahl bei den auf den Plakat-
 säulen und in den Tageszeitungen bekannt ge-
 gebenen Vorverkaufsstellen erhältlich. Ausser-
 dem bei Herrn **Fritz Müller**, Musikalienhandlung,
 Kaiserpassage 2, Ecke Kaiser- und Waldstrasse.

Badener Pferde-Lotterie
 Ziehung 2. Dezember.
 Nur 1 Mt. das Los, 11 St. = 10.
 4578 Gewinne **M. 100 000**
 im Gesamtwert **M. 70 000**
 hierbei 78 Pferde
 Haupttreffer auf
 je ein Gewinn v. 10 000, 5000,
 3000, 2000 u. s. w., sämtlich mit
 70 resp. 90% rückzahlbar mit
 Bargeld sofort, sowie alle sonst
 genehmigten Lose bei
Carl Göb
 Bankhaus Karlsruhe, Hebel-
 strasse 11/15, J. Antweiler, L.
 Brunner, C. Graf, G. Hiller,
 R. Maier, B. Senft, G. Vogel,
 Chr. Wieber. 445/

Seelig's Korn-Kaffee
 Das erquickt
 wenn man zum Vesperbrot den
 kräftigen u. herzhaften Seelig's
 kandierten Kornkaffee trinkt.
 Er ist gesund, das bezeugen die
 Ärzte. Er ist wohlschmeckend,
 das bezeugt jeder, der ihn kennt.
 Er ist billig, das bedarf keines
 Zeugnisses. Man achte auf
 das gelbe Paket mit roter
 Verschlussmarke!
Das Letzte immer Und



Praktisches Weihnachtsgeschenk
 Grosse Posten 5029
Jacquard-Decken, Bett-Teppiche
 für grosse Betten passend
 per Stück Mk. 2.30 2.40 2.60 2.80 3.- 3.50 4.- 4.50
 5.- 5.50 6.- 6.50 7.- 7.50 8.- 9.- 10.- 11.- 12.-
Kamelhaar-Decken in grosser
 Auswahl ::
Weisse u. bunte Beffdamast-Reste
 weit unter regulärem Wert.
 Sehr lohnend für Wiederverkäufer. Lagerbesuch ohne Kaufzwang
 en gros **Arthur Baer** en detail
 Kaiserstr. 133, eine Treppe hoch, Ecke Kaiser- u. Kreuzstr.

Allerbilligst
PELZE
 Wilhelmstr. 34
 1 Tr.

Zu verkaufen:
 Feine Waschkommode, 2gr. Spiegel
 mit Konsolen, 2 Friseurstühle,
 neues Bett (französl.), Schrank
 (eintürig), Waschtisch (ladiert),
 Vogelkäfig, Wiedermeiertonsole,
 Winterhut (Krauerhut auf Hand).
Umlandstr. 22, 1. St.
Kinderbettstellen
 sowie ein Bettstellenf. Erwachsene
 fabelh. bill. zu verk. **Wöbelhaus**
Werner, Schloßplatz 18, Eingang
 Karl-Friedrichstr. Tel. 388. 4703

Was wissen Sie
 von der neuen Waschmethode? Versuchen Sie Persil
 u. Sie brauchen nie mehr ein anderes Waschmittel, denn
Sie stehen sich besser
 mit Persil und sparen viel Ärger, Zeit, Arbeit
 und Geld!
 Ueberall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
Persil
 das selbsttätige
Waschmittel
 Der grosse Erfolg!
 HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.
 Nach Fabrikanten der allbeliebten



Pfannkuch & Co
Brot
 täglich frisch in den Karlsruher
 Filialen erhältlich. 5085
 Garantie für tadellose Ware.
Schwarzbrot ca. 1400 gr. **36**,-
 dto. ca. 700 gr. **18**,-
Weißbrot ca. 700 gr. **20**,-
 Besonders zu empfehlen:
Bauernbrot Laib **38**,-
Steinmehlbrot . . . Laib **30**,-
Schlüterbrot . . . Laib **20**,-
 Feinste gestempelte **Trinkeier**
 10 Stück Mt. **1.05**
Frische Siedeier 10 St. **88**,-
Schöne Kalkeier 10 St. **78**,-
Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 in den bekannten Verkaufsstellen

Eichene
Schlafzimmer-
Einrichtung
 mit 130 breitem Spiegel-
 schrank wird für Mt. 295.-
 abgegeben. 4992
Waldstraße 22,

Restaurant „Goldener Adler“
 Spezialausschank der Brauerei Kammerer.
 Jeden Donnerstag
Schlacht-Tag.
 Hochachtend **Ernst Müller.**

„Amandus und Maria“



1. Es lebten glücklich und zufrieden
 Amandus und Maria Zieten.
 Sie liebte ihn, er liebte sie,
 Nichts störte ihre Harmonie.

2. Doch langsam kamen auch die Sorgen
 Man musste rechnen, musste borgen.
 Dadurch gabs manchmal mit der Zeit
 So hin und wieder Kleinen Streit.

3. Die Lebensmittel wurden teuer,
 Die Schuh, die Kleider, auch die Steuer,
 Dabei war Zietens Zunge fein,
 Es durfte nur das Beste sein!

4. Auf Butter war er ganz versessen
 Zum Brot sowohl, als in dem Essen.
 Frau Zieten rang verzweiflungsvoll
 Und wusst' nicht, was sie machen soll.

5. „Fürwahr die Butter hoch in Ehren,
 Doch nichts ist leichter zu erbeuten“
 Sprach da zu ihr Cousine Lona,
 „So gut wie Butter ist Palmona!“

6. Man setzt Palmona auf den Tisch,
 Er kindet sie besonders frisch!
 Es schmeckt! Man spart! Und gleich u. wieder
 Zieht frohlich wieder ein bei Zieten!

PALMONA-PFLANZEN-BUTTER-MARGARINE
 IVO PUKONNY.